

Gemeinsame Pressemitteilung
Bündnis 90/Die Grünen
OV Unna und Selm

Bündnis 90/Die Grünen Selm
Ortsverband-Selm

Lara Malberger
Sprecherin
lara.malberger@live.de

Philipp Schock
Sprecher
schock16@gmx.de

Büro
post@gruene-selm.de
Ludgeristraße 87
59379 Selm

Pressemitteilung

Selm, 29.04.2021

Stellungnahme zu illegalen Schächtungen an einem Selmer Schlachthof

Über die Medien haben wir erfahren, dass in Selm illegale Schächtungen im Schlachthof Protz durchgeführt wurden. Die massiven Verstöße gegen den Tierschutz und die Aufnahmen aus dem Schlachthof haben uns geschockt und wir sind erschrocken, dass dieses Vorgehen unentdeckt bleiben konnte. Mit Nachdruck fordern wir deshalb eine umfassende Aufdeckung der Vorgänge und Maßnahmen, die derartige Verstöße gegen das Tierschutzgesetz in Zukunft verhindern!

Tierschützer deckten das illegale Vorgehen auf

Bekannt wurde das illegale Vorgehen in dem Schlachthof nicht durch die Behörden, sondern durch geheime Aufzeichnungen der Organisation SOKO Tierschutz, die ab dem 22. Februar über 3 Wochen lang verdeckt in dem Schlachthof gefilmt hatte. Das Videomaterial stellte die Organisation am 18.3.2021 der Polizei und dem zuständigen Umweltschutzministerium NRW zu und erstattete Strafanzeige gegen den Schlachthof und das Kreisveterinäramt Unna bei der Dortmunder Staatsanwaltschaft, die aktuell ermittelt.

[1] Kurz darauf wurde der Betrieb geschlossen.[2] Ein Videoclip, der das ganze Ausmaß der Vorgänge im Schlachthof zeigt, ist online verfügbar. [3]

Beim Schächten wird den Tiere ohne Betäubung die Kehle durchtrennt, der Tod tritt dabei durch Verbluten ein. Schächtungen sind in Deutschland nur in Ausnahmefällen erlaubt: Das Tierschutzgesetz sowie die Tierschutzschlachtverordnung verbieten grundsätzlich, ein Tier ohne Betäubung zu schlachten. [4][5] Das hat gute Gründe, denn das Ausbluten noch lebender Tiere ohne vorherige Tötung oder Betäubung, bedeutet für diese Schmerzen und großen Stress.

Ausschließlich beim Schächten aus zwingenden religiösen Gründen können bei der zuständigen kommunalen Veterinärbehörde, in diesem Fall also beim Veterinäramt Unna, Ausnahmegenehmigungen zum betäubungslosen Schächten beantragt werden. Fakt ist: Im Fall Prott hat es diese Ausnahmegenehmigung nicht gegeben.

Wie konnte es passieren, dass hier offensichtlich über lange Zeit gegen geltendes Recht verstoßen wurde, ohne dass es jemand mitbekommen bzw. gemeldet hat? Wie kann es sein, dass lediglich oberflächliche Kontrollen stattfanden – obwohl das Kreisveterinäramt lange vorher über die Vorfälle informiert war? Die Antwort auf diese Frage ist auf mehreren Ebenen zu suchen. Neben dem Schlachthof, der bewusst gegen das Tierschutzgesetz verstoßen hat, tragen auch die Behörden einen großen Teil der Verantwortung.

Bessere Kontrollen in Schlachthöfen dringend nötig

Der Pressesprecher des zuständigen Veterinäramtes im Landkreis Unna, Volker Meier, sagte gegenüber „tagesschau.de“, es hätten durchaus Kontrollen stattgefunden, jedoch zu den falschen Zeiten. [7] Veterinärdirektor Dr. Kai Braunmiller spricht in den Ruhr Nachrichten von Ausreden seitens der Behörde. [6]

Der Schlachthof war dem Amt bereits 2002, 2009 und 2017 anonym gemeldet worden, weil dort ungenehmigte Schächtungen stattgefunden hätten. Eine pathologische Untersuchung einiger Rinderschädel hatte schon damals ergeben, dass einigen Tieren erst nach der Tötung der vorgeschriebene Bolzenschuss gesetzt worden war. Die Vermutung lag nahe, dass dies geschah, um das illegale Vorgehen zu vertuschen. Vor Gericht endete das damalige Verfahren mit einem Vergleich. [7] Dieser Vergleich, so zeigt sich heute, führte nicht dazu, dass sich etwas an dem Vorgehen des Schlachthofes änderte.

Ein Grund dafür, dass die Vorgänge so lange unentdeckt blieben, ist eindeutig in unzureichenden Kontrollen der Behörden zu sehen. Wie genau es dazu kommen konnte, muss nun die Polizei in Erfahrung bringen. Dass sich derartige Vorfälle nicht wiederholen, liegt aber auch in den Händen der Politik. Wir fordern deshalb, dass im Kreis Unna engmaschiger kontrolliert wird und dass dafür, wenn nötig, mehr Veterinär:innen zur sachgerechten Überprüfung eingesetzt werden.

Um herauszufinden was zur Verbesserung der Umstände nötig ist, hat die Fraktion Grüne im Kreistag gemeinsam mit der CDU dem Landrat und ehemaligen Selmer Bürgermeister Mario Löhr einen Fragenkatalog vorgelegt, durch den transparent werden soll, welche Rolle die Behörden spielten. Zwar veröffentlichte der Kreis am 13.04. eine Stellungnahme zu den Vorfällen, diese ließ allerdings noch viele Fragen offen, die zur Klärung nötig wären. Löhr selbst sprach erst kürzlich in einem Fernsehbeitrag des WDR am 25.04. von einem „Fehler“ des Schlachthofes. Das wird unserer Ansicht nach den Vorfällen nicht gerecht. Wir hoffen sehr, dass die Verstöße gegen das Tierschutzgesetz als Straftat behandelt werden und nicht als „Fehler“, denn zu entschuldigen sind die Vorgänge nicht. [8]

Eine Möglichkeit für mehr Kontrolle: Videoüberwachung

Wir begrüßen es, dass der Betrieb jetzt endlich geschlossen wurde, und hoffen, dass die Vorgänge diesmal gründlicher untersucht und entsprechend bestraft werden. Kriminellen Aktivitäten auf Kosten des Tierwohls sollte mit aller Härte begegnet werden.

Eine Möglichkeit die Einhaltung des Tierschutzes in Schlachthöfen zu gewährleisten ist die Videoüberwachung. Dafür, diese verpflichtend einzuführen, hatte der Bundesrat bereits 2019 in einem Entschließungsantrag gestimmt. Dafür sollten Behörden uneingeschränkten Zugriff auf die Überwachung erhalten. [9] Bisher gibt es allerdings keine Rechtsgrundlage, Schlachtbetriebe zu verpflichten, Videoüberwachungssysteme zu installieren.

Auch das Umweltministerium in NRW hat das Thema Videoüberwachung am 14.04.2021 im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landtags diskutiert. Dabei kam es allerdings zu dem Schluss, dass auch Videoaufnahmen manipulierbar seien und diese folglich nicht dazu beitragen könnten, den Tierschutz zu gewährleisten. [10]

Unserer Meinung nach wäre jedoch ein noch höheres Maß an krimineller Energie nötig,

um solche Maßnahmen zu umgehen. Neben verstärkten Kontrollen kann die Videoüberwachung deshalb ein Teil der Lösung sein. Für unwirksam halten wir sie keinesfalls. Deshalb sollte die Überwachung unserer Ansicht nach unbedingt weiterhin diskutiert werden. Wichtig ist dabei natürlich, dass Videos nicht anderweitig ausgenutzt werden können, etwa um Mitarbeitende zu bewerten.

Wir setzen uns energisch für Tierwohl und einen klimabewussten Konsum ein

Auch wenn die Hauptverantwortung für die Zustände auf Schlachthöfen sicherlich bei den Betreiber:innen sowie den zuständigen Behörden liegt, können auch deren Kund:innen etwas bewirken. Die Vorfälle zeigen, dass es wichtig ist, genau hinzuschauen, woher das Fleisch kommt, das wir kaufen.

Als Bündnis 90/Die Grünen in Selm fordern wir nachdrücklich, dass das Tierwohl den Stellenwert bekommt, den es verdient hat. Dafür setzen wir uns nicht erst seit heute ein: Bereits 2014 haben wir erfolgreich den geplanten Aus- und Neubau einer Schweinemastanlage in Selm verhindern. Neben dem Tierwohl spielt dabei auch Klimaschutz eine Rolle. Die Massentierhaltung ist ein großer Treiber der Klimakrise. In Deutschland hat die Landwirtschaft mit 7,4 % einen substantziellen Anteil an den gesamten Treibhausemissionen. Ein großer Teil dieser Emissionen stammt hierbei aus der Viehhaltung und dem damit verbundenen Methanausstoß.[11]

Dabei liegt es auch an der Regierung, dass wir dem Ziel eines klimabewussten, tierwohlgerechten und fairen Konsums näherkommen – indem sie Landwirt:innen unterstützt, die sich für eine faire und nachhaltige Produktion einsetzen und nicht jene schützt, die sich bewusst dagegen entscheiden. All das sind wichtige Punkte des Grünen Programms für die Bundestagswahl 2021 [12] – und auch als Ortsverband setzen wir uns genau dafür ein.

Mit ökologischen Grüßen

Bündnis 90/Die Grünen
Ortsverband Selm

Quellenangaben

- [1] Stellungnahme der Soko Tierschutz <https://www.presseportal.de/pm/110736/4871865>
- [2] Illegales Schächten in Nordrhein-Westfalen Fakt Magazin
<https://www.ardmediathek.de/https://www.tagesschau.de/investigativ/fakt/schlachthof-schaechtung-101.html>
- [3] YT-Video der Soko Tierschutz. Vorsicht: Hier ist explizit zu sehen, wie die Tiere getötet werden. https://www.youtube.com/watch?v=n_AEbnKAAak&t=36s
- [4] Tierschutzgesetz <https://www.gesetze-im-internet.de/tierschg/BJNR012770972.html>
- [5] Tierschutzschlachtverordnung https://www.gesetze-im-internet.de/tierschlv_2013/TierSchIV.pdf
- [6] Ruhr Nachrichten Selmer Ausgabe vom 7.04.2021
- [7] Bericht der Tagesschau über die Vorfälle
<https://www.tagesschau.de/investigativ/fakt/schlachthof-schaechtung-101.html>
- [8] Bericht des WDR vom 25.04.2021 mit Statement von Mario Löhr (ab Minute 24)
<https://www.ardmediathek.de/video/westpol/westpol/wdr-fernsehen/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLTBIYjgxYTUxLWM4MWMtNDIzNS1hOWM0LTlwOGZmMmYxZTliOA/>
- [9] Antrag des Bundesrates zur Überwachung von Schlachthöfen
[https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2019/0001-0100/69-19\(B\).pdf?__blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2019/0001-0100/69-19(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1)
- [10] Den Bericht zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 14.04.2021
<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-4904.pdf>
- [11] Das Umweltbundesamt zu Treibhausgasemissionen durch die Landwirtschaft
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#emissionsentwicklung>
- [12] Das Wahlprogramm der Grünen zur Bundestagswahl 2021
<https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>